

Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 03. Februar 2009

Vorlagen-Nr. 08-F-25-0067

**Alkoholmißbrauch von Jugendlichen in Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20.05.2008 -**

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge beschließen:

Der exzessive Alkoholkonsum ist bei Kindern und Jugendlichen stark angestiegen. Auch das sog. „Binge Drinking“ (Koma-Trinken) hat bei Jugendlichen stark zugenommen. Die Zahl der 10- bis 20-Jährigen, die wegen übermäßigen Alkoholkonsums bzw. Alkoholvergiftung in Krankenhäuser eingeliefert wurden, hat sich von 2000 bis 2006 mehr als verdoppelt. Dies ergab der Drogen- und Suchtbericht 2008, der am 5. Mai 2008 von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung in Berlin vorgestellt wurde (vgl. „Kampfrinken wird bei Jugendlichen immer populärer“, Frankfurter Rundschau, 6.5.2008, S.6).

Alkoholmißbrauch hat nicht nur Folgen für die Gesundheit der Minderjährigen. Bei betrunkenen Jugendlichen sinkt die Schwelle zur Kriminalität. Alkoholmißbrauch stand in Hessen in 2001 in 218 Fällen in Verbindung mit Straftaten. In 2006 erfaßte die Polizeistatistik 774 Jugendliche, die nach Alkoholkonsum straffällig geworden waren.

In der Stadt Wiesbaden soll ab diesem Jahr - wie in Freiburg und Marburg - Alkoholmißbrauch stärker eingedämmt werden. Geplant bzw. teilweise bereits umgesetzt sind intensivere Kontrollen bei Festen, Alkoholverbote und Platzverweise als Sanktion bei Verstoß gegen das Verbot: Nachdem betrunkene Jugendliche im Rahmen des Wilhelmstraßenfests im vergangenen Jahr am „Warmen Damm“ straffällig geworden waren (Körperverletzung, Raub), wird es dort ab 6. Juni 2008 ein Alkoholverbot geben. Am Platz der Deutschen Einheit ist zusätzlich ein - zunächst auf ein Jahr befristetes - Alkoholverbot angedacht. Eine rechtliche Prüfung bzgl. entsprechender Alkoholverbote durch das Ordnungsdezernat soll im Mai 2008 abgeschlossen sein.

Der Magistrat wird gebeten über den Stand der Arbeit - insbesondere das Ergebnis der rechtlichen Prüfung - zu berichten.

Beschluss Nr. 0009

1. Der Ausschuss nimmt den mündlichen Vortrag von Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz und den Power-Point-Vortrag einschließlich der mündlichen Erklärungen von Herrn Tischel (Einwohner- und Integrationsdezernat) zur Kenntnis.
2. Der Power-Point-Vortrag wird den Ausschussmitgliedern über die Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt.
3. Der Ausschuss nimmt des Weiteren zur Kenntnis, dass das Einwohner- und Integrationsdezernat den Ausschuss in ca. 1 Jahr über den Fortgang in der Angelegenheit unterrichten wird.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2009

Spruch
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2009

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2009

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister